

# **Überschwemmungsergebnisse in der anwaltlichen Praxis**

**Gliederung für das Seminar am 09.04.2026, 13:30 – 19:00 Uhr**

**Rechtsanwältin Annette Schäfer, An der Zugspitze 1, 09618 Brand-Erbisdorf, Fachanwältin für Agrarrecht**

A. Einführung in das Seminarthema

- I. Übersicht der in diesem Seminar besprochene Rechtsprechung
- II. Allgemeiner Rechtsrahmen
  - 1. Auf europäischer Ebene
  - 2. Auf Bundesebene
  - 3. Auf Ebene der Bundesländer

B. Zu viel Wasser

- I. Einführung
  - 1. Zunahme der schweren Überschwemmungereignisse
  - 2. Überschwemmungen – Ursachen und Schäden für die Landwirtschaftsbetriebe
- II. Individuelle rechtliche Ansprüche der von Überschwemmungen Betroffenen
  - 1. Die Schadensersatzansprüche aus Amtshaftung gemäß § 839 Abs. 1 Satz 1 BGB i.V.m. Art. 34 Satz 1 GG und aus der Verletzung der Verkehrssicherungspflicht gem. § 823 Abs. 1, 31, 89 BGB wegen unzureichender Infrastruktur
  - 2. Die Schadensersatzansprüche aus Amtshaftung gemäß § 839 Abs. 1 Satz 1 BGB i.V.m. Art. 34 Satz 1 GG und der Verletzung der Verkehrssicherungspflicht gem. § 823 Abs. 1, 31, 89 BGB wegen der nicht rechtzeitigen Warnung vor Hochwassergefahren
  - 3. Der Anspruch auf nachträgliche Schutzvorkehrungen und im Falle der Unzulänglichkeit derselben der Anspruch auf angemessene Entschädigung in Geld gem. § 75 Abs. 2 S. 2 und 4 VwVfG i.V.m. den Landesstraßengesetzen, z.B. § 6 Abs. 4 LStrG RP und § 43 Abs. 4 Sächsisches Straßengesetz
  - 4. Entschädigungsanspruch nach enteignungsrechtlichen Grundsätzen
  - 5. Öffentlich-rechtlicher Folgenbeseitigungsanspruch und der öffentlich-rechtliche Unterlassungsanspruch

6. Der Schadensersatzanspruch nach §§ 823 Abs. 2 BGB, 37 WHG im Zusammenhang mit dem Ablauf wild abfließenden Wassers
  7. Die Duldungsverfügung gemäß § 93 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in Verbindung mit den wasserrechtlichen Landesgesetzen, z.B. § 95 Sächsisches Wassergesetz
  8. Das Notleitungsrecht analog § 917 BGB, die landesrechtlichen Nachbarrechtsgesetze und das Meliorationsanlagengesetz
  9. Die Gefährdungshaftung nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Haftpflichtgesetz
  10. Die Pflicht zur Eigenvorsorge nach § 5 Abs. 2 WHG
  11. Der Anspruch auf Erhalt der landwirtschaftlichen Unterstützungszahlungen bei Überschwemmungereignissen nach der Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 über die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013
  12. Der Schadensersatzanspruch wegen schuldhafter Verletzung von Pflichten aus einer vertragsähnlichen Sonderbeziehung analog den §§ 276, 278 BGB
  13. Der Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch nach § 1004 BGB und der Erstattungsanspruch aus GoA (§§ 683, 684, 812 BGB)
  14. Die eigentumsverändernden Wirkungen von dauerhaften Überschwemmungen auf der Ebene der Bundesländer
  15. Die Rechtsfolgen der Inanspruchnahme von Landwirtschaftsflächen
- III. Die wasserrechtliche Erlaubnis für die Beseitigung von Niederschlagswasser
- IV. Die prozessuale Durchsetzung der Ansprüche
- V. Zukünftige Schadenspotentiale für die Landwirtschaft durch den steigenden Meeresspiegel